

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **33. Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Riedau am 04. Februar 2021**

Tagungsort:Pramtalsaal

Anwesende:

- | | |
|---|------------------------------|
| 01. Bürgermeister Franz Schabetsberger als Vorsitzender | |
| 02. Vizebgm. Johann Schmideder | 15. GR. Christian Dick |
| 03. GV.Klaus Mitter | 16. GR.Johannes Schönbauer |
| 04. GV. Reinhard Windhager | 17. GV. Franz Arthofer |
| 05. GR. Karl Kopfberger | 18. GR. Karin Eichinger |
| 06. GR.Monika Tallier | 19. GR. Michael Schärfl |
| 07. GR.Gerhard Payrleitner | 20. GR. Bernhard Rosenberger |
| 08. GR. Klaus Trilsam | 21. |
| 09. GR.Brigitte Ebner | 22. |
| 10. GR. Ing. Thomas Klugsberger | 23. |
| 11. GR. Heinrich Ruhmanseder | 24. |
| 12. GV. Brigitte Heinzl | 25. |
| 13. 2. Vizebgm. Michael Desch | |
| 14. GR. Günter Humer | |

Ersatzmitglieder:

- | | | |
|---------------------------|-----|-----------------------|
| ER.Gerhard Berghammer | für | GR. Wolfgang Kraft |
| ER. Franz Oberauer | für | GR. Philipp Hargaßner |
| ER. Cindy Knoblechner | für | GR. Andreas Schroll |
| ER. Simone Schabetsberger | für | GR. Elisabeth Jäger |
| ER. Sabrina Krupa | für | GR. Roswitha Krupa |

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Katharina Gehmaier

Sonstige Personen (§ 66 Abs. 2 OÖ. GemO.1990): Verena Zallinger LLB

Es fehlen:

entschuldigt:

- GR. Wolfgang Kraft
- GR. Andreas Schroll
- GR. Philipp Hargaßner
- GR. Elisabeth Jäger
- GR. Roswitha Krupa

unentschuldigt:

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO. 1990): Verena Zallinger /AL Katharina Gehmaier

Der Vorsitzende eröffnet um 19:00Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzugemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder

zeitgerecht am 27.1.2021 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;

~~der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 54 Abs. 1 OÖ. GemO 2002) enthalten ist und die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht per mail am unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;~~

die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel Tage öffentlich kundgemacht wurde;

- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 10.12.2020 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift von jenen Gemeinderatsmitgliedern und Ersatzmitgliedern, welche an der betreffenden Sitzung teilgenommen haben bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

- e) Folgender **Dringlichkeitsantrag** wurde gemäß § 46 Abs. 3 OÖ. GemO 2002 eingebracht:

1. Ansuchen um Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6.3 „Arico/Czizek“; Genehmigung einer Infrastrukturkosten-Vereinbarung und Baulandsicherungsvertrag sowie einer Nutzungsvereinbarung

2. Genehmigungsbeschluss gem. § 36 Abs. 4 OÖ. RaumOG betreffend die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6.3 „Arico/Czizek“.

Die Infrastrukturkosten-Vereinbarung und der Baulandsicherungsvertrag wurde nicht mit heutigem Datum sondern mit Freitag von Hr. Putzinger unterzeichnet. Daher wird ein Dringlichkeitsantrag gestellt.

GV. Windhager: Es steht keine Begründung drinnen.

Bgm. Schabetsberger: Weil es erst nach Fertigstellung der Tagesordnung unterschrieben wurde. Und solange es nicht unterschrieben war konnte ich es nicht auf die Tagesordnung geben.

GV. Windhager: Die Begründung, warum es eine Dringlichkeit sein muss?

Bgm. Schabetsberger: Weil es sonst nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen wäre. Vorher habe ich ihn nicht hinaufgeben können, weil er nicht unterschrieben war. Am Freitag hat er unterschrieben und dann habe ich den Dringlichkeitsantrag gemacht, damit wir ihn heute beschließen können.

GV. Windhager: Das ist die Dringlichkeit?

Bgm. Schabetsberger: Ja. Letztes Mal haben wir es auf die nächste Sitzung vertagt und da hätten wir es zu behandeln gehabt, aber ich kann es nur raufgeben, wenn die Voraussetzungen gegeben waren. Und diese waren noch nicht gegeben bei Aussendung der Sitzung. Jetzt brauchen wir den Dringlichkeitsantrag, damit es trotzdem behandelt werden kann.

Vizebgm. Desch: Wenn du es vertagst, musst du es automatisch bei der nächsten Sitzung draufgeben.

Bgm. Schabetsberger: Ja, aber ich kann es nicht draufgeben wenn es nicht unterschrieben ist.

Vizebgm. Desch: Deshalb der Dringlichkeitsantrag. Aber ob es laut Gemeindeordnung passt?

Bgm. Schabetsberger: Die Begründung ist, weil es jetzt unterschrieben ist, deshalb soll es beschlossen werden. Ich lassen nun über meinen Antrag abstimmen.

Beschluss: 13 JA-Stimmen GR. Tilsam, GR. Ruhmanseder, GV. Heinzl, Vizebgm. Desch,
GR. Humer, GR. Dick, GR. Schönbauer, GV. Arthofer, GR. Eichinger, Bgm. Schabetsberger, GR.
Knoblechner, GR. Schabetsberger Simone, GR. Krupa
11 Stimmenthaltungen von GR. Ebner, GR. Berghammer, GR. Tallier, GV. Mitter, GV. Windhager,
Vizebgm. Schmidseher, GR. Klugsberger, GR. Kopfberger, GR. Oberauer, GR. Schärfl, GR.
Payrleitner
1 NEIN-Stimme GR. Rosenberger

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Bürgerfragestunde – Wortmeldung von Hr. Anton Schroll (Beilage)

Tagesordnung:

1. Beratung und Beschlussfassung des Voranschlages für das Finanzjahr 2021.
2. Beratung und Beschlussfassung des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2022-2025.
3. Festlegung der Prioritätenreihung im MEFP 2022-2025
4. Genehmigung eines Mietvertrages für die Wohnung Pomedt 3/1
5. Auftrag zur Sanierung von 15 zusätzlichen Halterungen im Rahmen des Bauvorhabens ABA Kanalsanierung 2020, ZK5 + ZK3
6. Auftrag zur Durchführung einer Kanalnetzberechnung über die gesamte Schmutz- und Mischwasserbeseitigungsanlage der Marktgemeinde Riedau
7. Bericht des Obmannes des Wohnungsausschusses

Dringlichkeitsantrag: Ansuchen um Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6.3 „Arico/Czizek“; Genehmigung einer Infrastrukturkosten-Vereinbarung und Baulandsicherungsvertrag sowie einer Nutzungsvereinbarung

Dringlichkeitsantrag: Genehmigungsbeschluss gem. § 36 Abs. 4 OÖ. RaumOG betreffend die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6.3 „Arico/Czizek“.

8. Bericht des Bürgermeisters
9. Allfälliges

TOP. 1.) Beratung und Beschlussfassung des Voranschlages für das Finanzjahr 2021.

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Wir haben den Voranschlag mit allen Fraktionen durchgearbeitet und diverse Dinge noch geändert. Der Voranschlag sieht vor

In der operativen Gebarung Einnahmen von 4,118.200 Euro und
Ausgaben von 4,321.800 Euro.

Bei der investiven Gebarung Einnahmen von 521.800 Euro und
Ausgaben von 1,579.900 Euro und bei der

Finanzierungstätigkeit Einzahlungen von 753.500 Euro und

Auszahlungen von 113.000 Euro. Das ergibt eine
Zwischensumme vom Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit von -413.100 Euro.

Was hier noch nicht berücksichtigt ist, ist das, was erst kürzlich beraten und beschlossen wurde und zwar das wir zusätzliche Ertragsanteile bekommen und Vorschüsse. Das ist noch nicht eingearbeitet, weil wir es zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages noch nicht wussten. Im Herbst muss dies beim Nachtragsvoranschlag nachgereicht werden.

Was auch noch nicht drinnen ist, was bei der Beratung besprochen wurde, ist das Projekt vom Friedhof. Das Projekt Friedhof können wir erweitern um die Errichtung der Außenmauer, die noch abgängig sind. Das können wir im Zuge des Projektes für die Urnengräber mit aufnehmen. Das wird sich um einen Betrag von ca. 35.000 € erhöhen. Wir müssen da aber erst die Angebote einholen, bevor wir genau den Finanzierungsplan beschließen können. Das muss auch im Zuge des Nachtragsvoranschlages eingearbeitet werden. Ich stelle den Voranschlag zur Diskussion.

Vizebgm. Desch: Beim Kindergarten ist ein Abgangsbetrag. Gibt es da keine Refundierungen?

Bgm. Schabetsberger: Der Abgang wird uns bekannt gegeben vom Träger der Einrichtung und das muss dann abgerechnet werden. Die möglichen Förderungen werden bereits vom Träger beantragt.

Vizebgm. Desch: Das ist de facto unser Abgang?

Bgm. Schabetsberger: Ja, der prognostizierte Abgang, den uns Kindergarten und Krabbelstube bekannt geben.

GV. Arthofer findet es schlimm, dass wir einen Abgang haben. Der Abgang setzt sich aber doch aus mehreren Dingen zusammen, wo wir nichts dafür können. Wir dürfen den Abgang mit dem Kassenkredit vorübergehend ausgleichen. Er stellt den Antrag, den Voranschlag, so wie er vorliegt, zu beschließen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister über den Antrag per Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP. 2.) Beratung und Beschlussfassung des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2022-2025.

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Zum Voranschlag muss man auch einen mittelfristigen Finanzplan erstellen, wo ersichtlich ist, was in den nächsten Jahren geplant ist. Von 2022 bis 2025 ist drinnen die Anschaffung des Fahrzeugankaufes LFA-B, der Digitalfunk für die Feuerwehr, die Errichtung Feuerwehrhaus, Löschwasserbehälter in Schwaben, Digitalisierung Schulgebäude, Errichtung Kindergarten mit Krabbelstube, Sanierung Habacher Gemeindestraße, Straßensanierungen mit KIP-Programm. Das sind die wichtigsten Projekte. Friedhof mit den Urnengräbern und Kommunalfahrzeug für Bauhof ist auch einmal geplant, die Aufschließung WVA Pomedt II, die Aufschließung ABA Pomedt II, die Kanalsanierung, die bereits in Arbeit ist wird fortgesetzt. Das haben wir für die nächsten Jahre vorgesehen, damit sie am Plan stehen und nach Bedarf umgesetzt werden können. Er bittet um Wortmeldungen.

GV. Arthofer stellt den Antrag den mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan für die Jahre 2022-2025, so wie er uns vorliegt zu beschließen.

Der Bürgermeister lässt per Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP. 3.) Festlegung der Prioritätenreihung im MEFP 2022-2025

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Ihr habt eine Liste bekommen, wo alle Projekte draufstehen. Für die sollten wir nun eine Reihung machen, wie es in Zukunft aussieht Die Reihung müssen wir sowieso jedes Jahr neu beschließen. Die Projekte, die heuer gemacht werden, brauchen wir nicht mehr beschließen, sie sind automatisch mit dem Voranschlag genehmigt. Es geht um die Projekte, die erst nächstes Jahr angefangen werden. Von den Projekten habt ihr schon einiges gehört, was dort alles drinnen ist. Gibt es dazu Wortmeldungen?

GV. Windhager: Wir haben in die Reihung auch die bereits bestehenden Projekte mit aufgenommen. Wir stellen uns es so vor: Digitalfunk, Digitalisierung Mittelschule, Friedhofsanierung, Kanalsanierung, zum Thema Aufschließung der neuen Bauparzellen in Pomedt, je nachdem wann das Projekt gestartet wird. Haben wir schon Informationen dazu?

Bgm. Schabetsberger: Bei DI Oberlechner wird der Plan gemacht. Wir haben den Teilungsplan bekommen und weitergeschickt an DI Oberlechner zur Projektierung.

GV. Windhager: Es sind schon Grundstücke verkauft? Es gibt schon bauwillige Leute?

Bgm. Schabetsberger: Es sind angeblich schon ein paar Leute die bauen möchten. Er muss jetzt planen und wenn der Plan kommt, dann müssen wir es im Gemeinderat behandeln und dann geht es automatisch weiter.

GV. Windhager: Kindergarten mit Krabbelstube ist ein ganz wichtiges Thema, dass zu projektieren begonnen wird. Beim Straßenbau auch, weil wir da gesagt haben, dass das KEG Geld nicht zu 100 % zu verwenden. Dann die Reihung für das Feuerwehrfahrzeug, Feuerwehrraum, Löschbehälter in Schwaben; da müssen wir dann schauen wie es am besten gereiht wird. Das ist gleichwertig, das können wir nicht beurteilen und muss mit der Feuerwehr behandelt werden. Sie müssen je nach Notwendigkeit gemacht werden. Keine Zustimmung hatten wir gestern in der Fraktion zur Zeit für das Kommunalfahrzeug. Das ist die Reihung von meiner Seite.

Die Amtsleiterin bittet GV. Windhager die Reihung nochmals bekanntzugeben.

GW. Windhager: Ich könnte es auch schicken, Digitalfunk ist...

Vizebgm. Desch meldet sich zu Wort und gibt bekannt: Wir haben nur sieben gereiht, die anderen sind laufende Projekte.

Bgm. Schabetsberger: Laufende Projekte brauchen wir nicht reihen. Das ist nur für den mittelfristigen Finanzplan von 2022-25.

Vizebgm. Desch: Wir haben nur die sieben, die drauf sind.

Bgm. Schabetsberger: Was hast du für eine Reihung?

Vizebgm. Desch: Wir haben jetzt gereiht

- 1) Löschwasserbehälter
- 2) Urnengräber – das haben wir nach vorne gereiht, weil es de facto bereits schon beschlossen

Bgm. Schabetsberger: Urnengräber sind schon beschlossen, der Grundsatzbeschluss, das ist dann 1), weil es läuft schon.

Vizebgm. Desch: Löschwasserbehälter, das ist jetzt nicht so eine Summe, das ...

Bgm. Schabetsberger: 2) braucht man dann Feuerwehrfahrzeug, weil das müssen wir heuer schon in Angriff nehmen, dass wir nächstes Jahr das Geld bekommen.

Vizebgm. Desch: Nein, wir haben jetzt nur die Urnengräber und Löschwasserbehälter machen wir auch, weil wir gesagt haben, da gehört etwas gemacht. Das Feuerwehrfahrzeug kommt bei uns gleich nach den Urnen. Dann Kindergarten und Krabbelstube, dann der Löschwasser, Errichtung Feuerwehrraum und das Kommunalfahrzeug haben wir jetzt auch..

AL Gehmaier: Jetzt habe ich zweimal Löschwasser?

Vizebgm. Desch: Nein, Löschwasser tust du auf 3).

AL Gehmaier: Was ist nun auf Nummer 1)?

Vizebgm. Desch: 1.) Urnengräber, weil es schon läuft
2.) Feuerwehrfahrzeug
3.) Kindergartenneubau mit Krabbelstube
4.) Löschwasserbehälter in Schwaben
5.) Kanalsanierung, bereits begonnen
6.) Neubau Feuerwehrzeugstätte
7.) Kommunalfahrzeug

Bgm. Schabetsberger: Die Urnengräber brauchen wir nicht mehr.

GV. Arthofer: Petra hatte sie auf der Liste stehen.

Bgm. Schabetsberger: Aber die brauchen wir nicht mehr, weil die schon...

Vizebgm. Desch: Schon beschlossen ist.

Bgm. Schabetsberger: Das heißt, dann ist

1.) Feuerwehrfahrzeug

Vizebgm. Desch: Dann ist das

1.) Feuerwehrfahrzeug

2.) Kindergartenneubau mit Krabbelstube

3.) Löschwasserbehälter in Schwaben

4.) Kanalsanierung

5.) Neubau Feuerwehrzeugstätte

6.) Kommunalfahrzeug

Bgm. Schabetsberger: Bei dir ist 4.) Feuerwehrzeugstätte?

Vizebgm. Desch: Entscheidend sind die ersten drei.

Bgm. Schabetsberger: 4.) Kanalsanierung, 5.) und 6.)

GR. Dick: Wie ist das eigentlich, geht das Feuerwehrauto definitiv, ist es sicher, geht es in das alte Feuerwehrhaus hinein? Geht es hinein, Anton, denn das wäre absolut wichtig.

Feuerwehrkommandant Schroll: Das wissen wir nicht.

GR. Dick: Genau das habe ich gesagt. Wir kaufen ein Feuerwehrauto und brauchen einen Platz dazu.

Feuerwehrkommandant Schroll: Das müssen wir uns eben anschauen. Ich warte dass der Lock-down vorbei ist, dann möchte ich mir in Kopfing – die haben eins in einer ähnlichen Ausführung wie wir es laut GEP bekommen sollen - .. ja, und dann müssen wir messen und schauen. Wir werden es aber so kaufen müssen und zwar aus zwei Gründen: Weil es muss bei der Schwabenbachbrücke durchgehen, weil ich kann mir beim Einsatz nicht erlauben, dass ich da nicht durch kann, das ist eigentlich der Hauptgrund. Und dann müssen wir uns nach der Brücke richten, das ist

einsatztaktisch ein großes Siedlungsgebiet und das zweite ist nämlich, ich bin sofort dafür, wenn wir gleich bauen und dann das Auto kaufen. Aber wahrscheinlich wird es da...

GR. Dick: Es heißt, das Bauen wird nicht billiger.

Feuerwehrkommandant Schroll: Bei mir....Es wird aber deswegen auch nicht recht viel ändern, weil wir müssen es so kaufen, dass wir bei der Schwabenbachbrücke durch können. Denn ich kann es mir einsatztaktisch nicht erlauben, dass ich außen rundum fahren muss.

Bgm. Schabetsberger: Ich glaube sowieso, dass dies Details sind, die muss man sich anschauen wenn es soweit ist. Ich glaube aber nicht, dass das Fahrzeug nicht hineingeht in den alten ..., das muss machbar sein für diese paar Jahre. Es geht um die Aufbauten, die drauf sind.

Feuerwehrkommandant Schroll: Das muss ich schon sagen, das müssen wir uns genau messen, Franz, weil z.B. die KLF Logistik, wie es jetzt alle gibt, den bringen wir nicht mehr hinein. Weil der hat 3,30 Meter Höhe und das geht sich nicht mehr aus.

Bgm. Schabetsberger: Mit dem kannst du aber auch nicht mehr bei der Schwabenbachbrücke durchfahren. Dort haben wir nur 3 Meter.

Feuerwehrkommandant Schroll: Die Schwabenbachbrücke hat 3,40 Meter.

Bgm. Schabetsberger: 3 Meter hat Schwabenbach

GR. Dick: Nein, 3, 15 Meter.

Bgm. Schabetsberger: 3 Meter ist sie angeschrieben, die tatsächliche Höhe ist natürlich höher. Die kleinste Stelle ist 3,14 oder 3,15 Meter, da gebe ich dir recht. Aber theoretisch darf ein Fahrzeug, das höher als 3 Meter ist, nicht durchfahren.

Feuerwehrkommandant: Der unsere hat 3,24 Meter, weil wir erst kürzlich gemessen haben und da haben wir ca. 10 cm Toleranz.

Bgm. Schabetsberger: Das messen wir nochmals nach. Wir sind noch immer bei der Reihung.

GV. Arthofer: Wir sind eigentlich nicht weit weg von den was Michael gesagt hat. Wir haben den Bauhoffahrzeug vor dem Feuerwehrhaus gehabt. Aber ich kann mit dem genauso leben.

Bgm. Schabetsberger: Jetzt konkretisiere ich es nochmals, damit alle genau wissen, ob es für euch passt oder nicht.

Priorität 1 ist Feuerwehrfahrzeug.

2 Krabbelstube und Kindergarten

3 Löschwasserbehälter Schwaben

4 Kanalsanierung

5 Feuerwehrzeughaus
6 Kommunalfahrzeug

GV. Windhager: Für uns ist der Kindergarten an der vordersten Stelle, dann diese Feuerwehrsachen, je nachdem ob jetzt das Feuerwehrfahrzeug wichtig ist oder das Gebäude. Das ist dann die Frage. Wie gesagt, Kindergarten und Krabbelstube, für uns ist es wichtig, dass wir da etwas zusammenbringen, es ist bei uns an erster Stelle.

Bgm. Schabetsberger: Das heißt:

1. Kindergarten
2. Feuerwehrfahrzeug
3. ...

GV. Windhager: Löschwasser oder ...Wir haben das auch mit besprochen, je nachdem, wie es halt dann aussieht, was für die Feuerwehr wichtiger ist. Es ist für uns schwer zu beurteilen. Kanalsanierung muss man dann anschauen, weil wir haben einige Sachen saniert. Da geht es jetzt darum, weil man abwarten muss, was ist das Ergebnis vom Oberlechner und dann kann man erst die nächsten Schritte weitermachen.

Bgm. Schabetsberger: Muss ich dir leider widersprechen, wir haben den Auftrag vom Land, dass wir die Kanalsanierungen machen bis Abschluss 2023, da muss es fertig sein. Wir können nicht sagen „wir warten“, wir müssen eins nach dem anderen machen ohne Zeitverzögerung, damit wir zusammenkommen. Natürlich unter Berücksichtigung der hydraulischen Berechnung die Herr Oberlechner derzeit macht. Aber deswegen können wir es nicht hinausschieben.

GV. Windhager: Das habe ich nicht gesagt, es geht um die Reihung. Kanalsanierung ist für uns ein laufendes Projekt.

Bgm. Schabetsberger: Das laufende Projekt bezieht sich aber nur noch mit dem was wir heute beschließen, mit dem Zusatz. Dann ist das Projekt abgeschlossen und geht das nächste Projekt an. Weil das ist kein durchgehendes Projekt, wir müssen über die einzelnen Projekte abstimmen. Aber egal, es ist in der Prioritätenreihung drinnen und wir können jederzeit weitertun.

GV. Arthofer: Beim Kindergarten, dass wir da möglichst bald anfangen müssen, ich glaube, dass es nicht realistisch ist, dass wir für nächstes Jahr den Kindergarten bauen werden. Das Projekt würde starten. Beim Feuerwehrauto ist es so, das brauchen wir nächstes Jahr und wir bekommen auch die Förderung für nächstes Jahr. Darum haben wir das vorgereicht.

GV. Windhager: Beide Projekte würde ich bezeichnen in der gleichen Wertigkeit. Weil auch für den Kindergarten gibt es Fördergelder. Beim KEG-Gesetz werden auch diese Kindergartensachen gefördert. Wir können jetzt nicht sagen das wir es wegschieben, sondern da bekommen wir auch sehr gute Förderungen. Wir müssen schauen, wie wird das Ganze gemacht? Wir werden gewissen Projekte gleichzeitig

starten müssen, unter anderem auch das Feuerwehrfahrzeug und der Kindergarten, das sind für mich gleichwertige Projekte. Wenn zu mir der Kommandant sagt, Feuerwehrgebäude ist ihm wichtiger als das Fahrzeug, dann ist die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, dass wir es von der Gemeinde an erster Stelle reihen. Und der Kommandant sagt „eigentlich wäre es mir lieber, weil mir ist das Gebäude wichtiger“.

Bgm. Schabetsberger: Nein, das passt sicher nicht, weil das Fahrzeug müssen wir heuer anschaffen, damit wir es nächstes Jahr bekommen und dann muss es ausgetauscht werden. Wir können nicht mehr drei oder vier Jahre warten, und wir können nicht ins Blaue hinein sagen „fangen wir mit dem Feuerwehrhaus an“, wo wir genau wissen, das ist ein Betrag, den wir die nächsten drei Jahre unmöglich aufbringen können. Das ist „Augenauswischerei“, dafür stehe ich nicht zur Verfügung. Bleiben wir bei der Realität. Das gleiche ist der Kindergarten, weil du die Förderungen angesprochen hast von der KEP. Wie viele Mittel möchtest du dort lukrieren für den Kindergarten?

GV. Windhager: Wir haben gesagt, die Straßen....

Bgm. Schabetsberger: Wie viel, ich möchte eine Summe von dir wissen.

GV. Windhager: Wenn es ist das Ganze?

Bgm. Schabetsberger: Das Ganze? Und die Straßen lassen wir alle weg? Die Straßen haben wir aber schon beschlossen, dass wir es machen. Das haben wir bei der Gemeinderatssitzung im Dezember beschlossen.

GV. Windhager: Aber nicht alle. Das wir Straßenbau machen JA, aber dass wir das ganze Geld investieren war definitiv

Bgm. Schabetsberger: Darum möchte ich eine Summe von dir wissen. Wie viel?

GV. Windhager: Kannst du auch sagen, eine Summe weiß ich, wie viel wir halt bekommen?

Bgm. Schabetsberger: Du weißt genau, dass wir 214.000 bekommen haben.

GV. Windhager: Es ist nicht das Thema, jetzt bei diesem Tagesordnungspunkt eine Summe zu nennen. Es heißt, es soll eine Reihung sein, ich habe die Reihung genannt. Wobei wir sagen: Ob jetzt das Feuerwehrfahrzeug oder das Gebäude ..., wenn es heißt Feuerwehrfahrzeug, war für uns auch zuerst sinnvoll, weil es geheißen hat es ist wichtiger. Das ist aber glaube ich nicht das Thema. Definitiv ist, dass das Kindergartengebäude für uns an erster Stelle steht und dann an zweiter Stelle die Feuerwehrfahrzeuge.

Bgm. Schabetsberger: Nur für die anderen, dass sie auch wissen, um welche Summen es geht: KIP- Programm bekommt die Gemeinde, oder haben wir zum Teil schon bekommen, 214.000 Euro. Die bekommen wir nur dann, wenn wir die 214.000 genauso investieren, dann bekommen wir dies. Die zusätzlichen Landesförderungen

machen 25 % aus, das heißt, von den 214.000 die Hälfte, das sind dann 107.000 Euro, was wir dann maximal lukrieren können. Einen Teil davon haben wir schon verbraucht, weil das ist schon voriges Jahr beschlossen worden. Es bleiben theoretisch für heuer übrig ca. 180.000 Euro. Von den 180.000 bekommen wir 25 % Landesförderung und 50 % KIP-Mittel. Wenn jemand ein bisschen etwas weiß, was ein Kindergartenneubau kostet, da reden wir von 2,5 Millionen Euro. Wir haben nun zwei verschiedene Reihungen und noch keinen Antrag.

Vizebgm. Desch: Also dass das Kindergarten lieber heute begonnen wird als morgen, das ist bei uns in der Fraktion auch klar. Ist das Feuerwehrauto heuer zu realisieren? Wenn es nach mir geht ist das bereits auf der nächsten Gemeinderatssitzung und es ist heuer abzuschließen. Mit dem Kindergarten wirst du heuer nicht mehr. Es sind noch alle Projekte offen, es ist gut wenn wir diskutieren. Aber das Feuerwehrauto kostet auch nicht die Welt. Wenn du die Förderungen weg rechnest, da richtest du nicht einmal einen Kindergartenraum ein. Für uns bleibt das Feuerwehrauto Nr. 1

GR. Rosenberger: Wenn man das so hört, würde ich auch den Kindergarten nach vorne geben. Aber ist das alles nichts theoretisch? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit überhaupt, dass beide Projekte, die eine Vorlaufzeit haben, selbst beim Feuerwehrauto ist das von über einem halben Jahr, dass sie sich gegenseitig blockieren? Es ist nur ein symbolischer Akt wenn ich das eine oder andere nach vorne reihe. Das sehe ich jetzt so, außer ihr sagt, das blockiert ist uns dann wirklich.

Vizebgm. Desch: Wie oft haben wir schon diskutiert die letzten Jahre, das brauchen wir nur für das Land?

Bgm. Schabetsberger: Wer stellt den Antrag?

GV. Arthofer: Ich stelle den Antrag, dass wie die Reihung

- 1.) Feuerwehrfahrzeug
- 2.) Kindergartenneubau
- 3.) Löschwasserbehälter in Schwaben
- 4.) Kanalsanierung
- 5.) Neubau Feuerwehrhaus
- 6.) Bauhof-Kommunalfahrzeug

genehmigen. Ich bin aber auch dafür, wir können beide Projekte heuer starten. Es hat damit nichts zu tun, es ist halt eine Reihung. Ich bin auch dafür, dass wir mit dem Kindergarten so schnell wie möglich anfangen.

GR. Dick: Man muss aber auch sagen, welche Reihung wurde bisher eingehalten? Gar keine.

GV. Windhager: Ob jetzt Feuerwehr vorne ist oder ob Kindergarten vorne ist, wir müssen beide Projekte starten. Es ist auch nicht tragisch... nur das Kommunalfahrzeug, die Notwendigkeit ...

GV. Arthofer: Darum ist es auch bei uns auf dem letzten Platz.

GR. Schärfl: Das Land braucht eine Reihung und die haben wir jetzt. Die Reihung kann jederzeit durch Gemeinderatsbeschluss wieder abgeändert werden. Also kein Problem.

Abschließend lässt der Bürgermeister über den Antrag von GV. Arthofer mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mit 24 JA-Stimmen angenommen, GR. Dick enthält sich der Stimme.

Desch verlässt um 19.45 Uhr den Sitzungssaal

TOP. 4.) Genehmigung eines Mietvertrages für die Wohnung Pomedt 3/1

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Der Wohnungsausschuss hat die Wohnung in Pomedt 3 vergeben und dazu ist ein Mietvertrag abzuschließen mit *****. Der Inhalt des Mietvertrages wurde allen Fraktionen zur Verfügung gestellt (Beilage).

GR. Payrleitner stellt den Antrag, auf Genehmigung des Mietvertrages.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister über diesen Antrag mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mit 24 JA-Stimmen angenommen, Vizebgm. Desch ist nicht im Saal

GR. Kopfberger verlässt um 19.47 Uhr den Sitzungssaal, Vizebgm. Desch kommt wieder in den Sitzungssaal.

TOP. 5.) Auftrag zur Sanierung von 15 zusätzlichen Halterungen im Rahmen des Bauvorhabens ABA Kanalsanierung 2020, ZK5 + ZK3

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Wir haben bereits bei der letzten Besprechung gesagt, dass wir versuchen, beim bestehenden Auftrag noch die möglichen 25 % Möglichkeit Zusatzauftrag vergeben wollen. Das Büro Oberlechner schaute, was sinnvoll und machbar ist und hat ein Zusatzangebot über 15 Haltungssanierungen ausarbeiten lassen. Die Firma Braumann Tiefbau hat das Zusatzangebot mit einer Angebotssumme von netto €

44.566,35 gestellt. Das wurde von Fa. Oberlechner überprüft und für in Ordnung befunden. Die Preise stützen sich auf die Angebotspreise. Ich stelle den Antrag, das Zusatzangebot von den zusätzlichen 15 Haltungen des Bauvorhabens Kanalsanierung zu genehmigen.

GV. Windhager stellte eine Frage zum Angebot Oberlechner, das aber erst der nächste Tagesordnungspunkt ist.

GR. Kopfberger kommt 19:50 wieder herein

Vizebgm. Desch stellt den Antrag, dass das Angebot genehmigt wird. Der Bürgermeister erklärt, dass er bereits den Antrag gestellt hat.

Abschließend lässt der Bürgermeister mittels Handzeichen über seinen Antrag abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP. 6.) Auftrag zur Durchführung einer Kanalnetzberechnung über die gesamte Schmutz- und Mischwasserbeseitigungsanlage der Marktgemeinde Riedau

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Bei der letzten Gemeinderatssitzung haben wir beschlossen, dass die hydraulische Berechnung vom Kanalsystem gemacht werden soll. Wir haben von der Firma Oberlechner ein Angebot bekommen in Summe von € 19.800 Euro, wobei nach den tatsächlich geleisteten Stunden abgerechnet wird. Laut Auskunft vom Büro Oberlechner wird es eher günstiger werden. Aber wer sagte, er gibt kein Angebot mit € 15.000 ab und braucht dann € 18.000. Er gibt genug Stunden hinein, damit er mit Sicherheit auskommt. Aber wie gesagt, die Abrechnung erfolgt nach den tatsächlich verbrauchten Stunden. Ich stelle das zur Diskussion.

GV. Windhager: Jetzt heißt es, dass es günstiger wird, aber unter der Angebotssumme steht „Aufgrund der Komplexität des Entsorgungssystems und der sich daraus ergebenden Fragestellungen und Erkenntnissen, kann der Aufwand für diese Leistungen wesentlich von den Annahmen für dieses Angebot abweichen. In diesem Fall wird das Einvernehmen...“. Aber das heißt, wenn massive Mehrkosten entstehen, muss man aufpassen. Natürlich macht es Sinn und ich stelle auch gerne den Antrag, dass wir das unter Berücksichtigung machen, dass wir bei den Kosten dabeibleiben.

Bgm. Schabetsberger: Das ist mit diesem Satz gemeint „In diesem Fall wird das Einvernehmen über die weitere Vorgehensweise mit dem Auftraggeber hergestellt“.

Er wird nicht einfach weiter planen wenn er sieht, dass anstelle 19.000 nun 25.000 ausmacht, er wird uns bald genug vorwarnen und sagen, das noch etwas dazukommt. Er sagt, normal müsste er mit diesem Angebot auskommen.

Abschließend lässt er über den Antrag von GV. Windhager mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag erhält 25 JA-Stimmen

Die Öffentlichkeit wird gebeten den Sitzungssaal zu verlassen, da der Bericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet.

TOP. 7.) Bericht des Obmannes des Wohnungsausschusses

Berichterstattung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Nach Beendigung der Berichterstattung werden die Zuhörer wieder in den Saal gebeten.

Dringlichkeitsantrag: Ansuchen um Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6.3 „Arico/Czizek“; Genehmigung einer Infrastrukturkosten-Vereinbarung und Baulandsicherungsvertrag sowie einer Nutzungsvereinbarung

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Die Verträge sind bei der letzten Sitzung schon aufgelegt, inhaltlich hat sich nichts mehr verändert. Es sind nur im Vorstand noch einige Klarstellungen gemacht worden bezüglich der Punkte wo die Pönale schlagend wird. Und zwar beim Infrastrukturkostenbeitrag mit Arico ist bei der Beratung herausgekommen, dass Herr Putzinger die € 10.000 pro Punkt zu erbringen hat und in Summe also € 110.000. Bei der Diskussion stellte sich allerdings heraus, dass von den elf Punkten nur vier Punkte für die jeweils 10.000 Euro zutreffend und zwar sind dies die Punkte 2c) d) e) und j), jeweils 10.000, also insgesamt 40.000 Euro. Dies ist auch Herrn Putzinger so mitgeteilt worden und ich war heute nochmals draußen, weil es Diskussionen gegeben hat wegen dem unterschriebenen Zettel, dass es nicht auf einem drauf war. Jetzt sind beide Verträge im Original von allen drei unterschrieben. Sowohl die Infrastrukturkostenvereinbarung als auch die Nutzungsvereinbarung. Wir haben praktisch auf allen drei die Originalunterschriften drauf mit Datum und was dazugehört. **Ich stelle daher den Antrag**, diese Infrastrukturkostenvereinbarung und Nutzungsvereinbarung wie dargelegt zu genehmigen. Gibt es dazu Wortmeldungen?

GR. Rosenberger: Ernst hat beim letzten Mal wurde eine ganze „Liternei“ an Punkten ausgeschickt, die er aus seiner Sicht kritisch betrachtet. Sind diese geprüft worden oder ist es ignoriert worden?

Bgm. Schabetsberger: Es ist nicht ignoriert worden. Ich habe es mir angeschaut. Ich finde es aber nicht für notwendig, weil wenn er eine Pönale zahlt für etwas, bis das er es errichtet hat, früher bekommt er die Pönale nicht zurück. Ich kann dann nicht für irgend etwas was er dann errichtet jedes Jahr wieder verlangen. Das ist nicht üblich und auch nicht sinnvoll.

GR. Rosenberger: Also du hast das geprüft.

Bgm. Schabetsberger: Ja

GR. Rosenberger: Sonst auch noch wer?

Bgm. Schabetsberger: Weiß ich nicht, ob es jemand angeschaut hat?

GR. Rosenberger: Passt.

GV. Arthofer: Dazu möchte ich sagen, wir haben den Vertrag ja übernommen vom GVV, nicht GVV sondern Gemeindebund, das war ein Mustervertrag den wir übernommen haben. Und dieser ist im GVV geprüft worden und auch von den Anwälten geprüft worden – nein nicht GVV sondern Gemeindebund geprüft worden

Amtsleiterin: Nein, nicht Gemeindebund, sondern der Notar hat drübergeschaut.

GV. Arthofer: Das Muster hat der Gemeindebund zur Verfügung gestellt. Wir haben dann nur noch Ergänzungen hineingeschrieben. Das mit der Pönale ist 1:1 übernommen worden, wir haben nur den Betrag eingesetzt. Ich glaube, dass dies ausreichend ist. Warum sollten wir da jetzt noch auf Spatzen mit Kanonen schießen?

GV. Windhager: Ich bin auch der Meinung gewesen, es hat geheißen, es wird diskutiert, weil der Gemeinderat hat Punkte eingebracht und alle waren einheitlich der Meinung, dass das, was Sperl vorgebracht hat, es gibt eine Pönale jährlich, solange es nicht erledigt ist, nach Fertigstellung vom ganzen Projekt, dann gehört das gemacht und wenn es nicht gemacht wird, soll jährlich eine Pönale von 10.000 pro Punkt sein und was meiner Meinung auch sinnvoll gewesen wäre auch das gerichtlich eingemahnt wird, wenn es nicht passiert. Warum diese strikten Forderungen seitens von uns? Weil, wie wir letztes mal gehört haben vom Feuerwehrkommandanten, dass bei einem so großen Bauwerk, wo alles Mögliche abgefüllt wird – wo Öl und Frostschutzmittel - das sehr hoch brennbar ist, kein Brandschutzplan existiert nach zwei Jahren nach Fertigstellung von einer solchen Firma. Jede Firma trachtet normal mit der Feuerwehr und der Gemeinde ein gutes Auskommen zu haben. Wie es momentan aussieht, die Firma trachtet nicht danach. Bringt dann plötzlich das Ganze auf den Tisch, weil sie doch jetzt etwas bauen wollen. Dann nach eineinhalb Monaten ist auch noch nichts unterschrieben gewesen, sondern erst jetzt nachdem die Gemeinderatssitzung ausgeschickt worden ist haben wir nochmals einen Punkt gehabt. Ich finde es einen Wahnsinn, dass von dir, Franz, den Vertrag, den er jetzt unterzeichnet hat, den Gemeinderat absolut ignoriert hat. Wenn man sich das Gemeinderatsprotokoll durchliest, war jeder der Meinung, es macht einen Sinn einer jährlichen Pönale, wenn gewisse Sachen nicht erledigt werden. Jetzt heißt es, der Vertrag ist so unterschrieben worden und wenn man jetzt wirklich genau schaut, ist etwas geändert worden, nein, dann denk ich mir, eigentlich verstehe ich es nicht ganz, was wir hier diskutiert haben, diese Einwände werden nicht berücksichtigt. Und jetzt werden wir heute zustimmen? Das ist für mich unverständlich und für meine Kollegen in der Fraktion auch. Die Frage, die noch

aufgetaucht ist, ist die Oberflächenentwässerung. Was ist geplant? Das ist eine Frage an dich, Franz – gibt es ein Retentionsbecken, baut er eines dazu? Und falls er eines baut und ob es für einen Löschwasserbehälter hergenommen werden könnte.

GR. Schönbauer verlässt den Sitzungssaal

Bgm. Schabetsberger: Zu deinen Äußerungen: Es hat bei der letzten Sitzung einige Diskussionen gegeben, was man noch alles hineingeben könnte, sollte oder möchte. Ich habe natürlich mit mehreren Personen gesprochen und habe dann gesagt, meiner Meinung nach sollen wir schauen, diesen Vertrag wie er vorgelegen ist, der auch von Czizek und Arico unterschrieben ist, 1:1 übernommen wird, weil sonst müssen wir das Ganze wieder von vorne anfangen. Weil wenn wir so etwas ändern, brauchen wir wieder zuerst die Unterschrift von Arico und Czizek. Ich kann nicht hergehen und sagen „ich ändere etwas und beschließe das“ und dann unterschreiben alle ändern nicht. Es hat immer geheißen: Vor Beschlussfassung müssen die Unterschriften da sein. Und das haben wir auch so gemacht. Das zu der Sache, was du noch drinnen haben wolltest. Das Zweite, Retentionsbecken, haben wir in diesem Bereich und es ist dafür ausgelegt, dass das gesamte Gebiet dort mit erschlossen wird. Sonst hätten wir es damals nicht so groß bauen gebraucht. Wir haben auch den Zubringerkanal bis zum Grundstücksende weiter gemacht, weil er dort notwendig ist und als Löschwasserbehälter, muss ich sagen, lässt sich ein Retentionsbecken nie verwenden. Weil sonst müsstest du das Retentionsbecken mit einer gewissen Wasserstandshöhe versehen und dann hast du die Retention nicht mehr, was du ja eigentlich damit bezwecken möchtest. Das passt technisch gar nicht zusammen. Das ist auch nicht machbar und nicht erlaubt. Das die Oberflächenwässer dort hineingehen, das ist gewährleistet. Sind damit die Fragen beantwortet?

GV. Windhager: Nein, weil meine Frage war, warum der Gemeinderat, der Ideen eingebracht hat und zum Teil auch einhelliger Meinung war, die ÖVP und die Grünen und es ist nicht eingearbeitet worden und es ist auch keine Rücksprache gehalten worden.

Bgm. Schabetsberger: Ich habe Rücksprache gehalten, mit dir nicht, mit anderen schon. Ich habe gesagt, ich schaue, dass wir den Vertrag, wie er damals gehabt haben, wo eigentlich gesagt worden ist, wenn dieser unterschrieben ist, dann ist das akzeptabel, habe ich geschaut, dass ich das alles zusammenbringe und wenn dieser unterschrieben ist, ist es akzeptabel. Das andere habe ich schon erklärt, dass wir sonst wieder vor vorne anfangen müssten, weil die Unterschriften wieder vorher geholt werden müssen. Ich kann nicht was beschließen und nachher muss der das dann unterschreiben. Das geht nicht. Die Vorgehensweise ist nicht machbar, weil sonst hätten wir es letztes Mal gar nicht vertagen müssen, dann hätten wir irgend etwas hingeschrieben und gesagt das beschließen wird. Und dann müssen die anderen drei das so unterschreiben. Das ist nicht die Vorgangsweise die wir machen können. Wir brauchen den unterschriebenen Vertrag vorher. Und jetzt liegt er da.

Vizebgm. Desch: Wir haben eine Frage zu der Straße. Wird die dann weitergezogen?

Bgm. Schabetsberger: Ja, sicher, muss ja.

Vizebgm. Desch: Warum muss ja? Warum fährt er nicht über seine jetzige Straße?

Bgm. Schabetsberger: Weil das die Zufahrtsstraße ist für die Erschließung sämtlicher Baugründe.

Vizebgm. Desch: Das da hinten steht noch nicht einmal zum Verkauf?

Bgm. Schabetsberger: Aber es ist von vornherein ausgelegt worden als Betriebsbaugrund Mischgebiet und es ist von vornherein ausgemacht worden, die Straße muss da nach hinten gezogen werden, weil es darf von der Pomedter Straße keine Zufahrt geben.

Vizebgm. Desch: Also brauchen wir jetzt wieder 40 Meter Straße?

Bgm. Schabetsberger: Die müssen wir wieder dranbauen und die muss er auch mitzahlen. Das ist klar, genauso wie es zuerst war. Wir kriegen 2 % ...

Vizebgm. Desch: Warum bauen wir sie nicht nachher weiter, falls hinten etwas kommt? Und er über seine bestehende Zufahrt nimmt?

Bgm. Schabetsberger: Wenn er selbst die Zufahrt über das bestehende Betriebsgelände macht, dann sind wir sicher nicht dagegen, wenn er eine eigene Zufahrt macht, dann müssen wir die Straße bauen.

Vizebgm. Desch: Weil da hinten ist derzeit nichts in Aussicht.

Bgm. Schabetsberger: Wir haben fünf Ansuchen davon Betriebsansiedlungen, die was nur darauf warten, dass wir irgendwo etwas erschließen. Also dass es nicht weitergeht, das stimmt nicht. Denn sobald es fix ist, dass da gebaut wird, warten schon welche, die sagen, ich möchte das nächste Stück.

Vizebgm. Desch: Die können schon warten, aber wenn nicht verkauft wird? Wir sind nicht Verkäufer. Wir können es ihnen nicht anbieten.

Bgm. Schabetsberger: Es ist in der Erweiterung drinnen.

Vizebgm. Desch: Ich weiß, dass es drinnen ist, im Fläwi ist es drinnen. Aber wir sind nicht Verkäufer dieser Grundstücke. Wir können nicht sagen, da wird nächstes Jahr etwas sein. Weil wenn er in dreißig Jahren nicht verkauft, verkauft er es in dreißig Jahren nicht.

Bgm. Schabetsberger: Noch einmal: Es gibt mehrere Ansuchen, die Grundstücke brauchen und sobald dies nun erschlossen ist, können sie nachfragen, dass sie das nächste bekommen. Ob er es verkauft weiß ich nicht, weil du kannst niemanden dazu zwingen.

Vizebgm. Desch: Wenn dies dann spruchreif ist, dass wir dann die Straße erst machen, das muss man sich eben anschauen.

Bgm. Schabetsberger: Noch einmal: Wenn er die Zufahrt braucht, dann braucht er sie. Dann müssen wir sie auch herstellen. Braucht er sie nicht, dann brauchen wir sie jetzt noch nicht bauen. Er muss auf alle Fälle den Grund abtreten, weil das gar nicht anders geht. Wenn wir es nicht bauen müssen, dann ist es für uns natürlich bessern.

Vizebgm. Desch: Was kostet sie ungefähr?

GR. Knobler verlässt den Sitzungssaal

Bgm. Schabetsberger: Das wissen wir noch nicht.

Vizebgm. Desch: Was hat die andere gekostet – 190.000?

Bgm. Schabetsberger: Irgendso etwas. Wobei man dazu sagen muss, jetzt kommt nicht mehr soviel zusammen, weil der Hauptkostenanteil war der große Kanal, den wir hineinlegen mussten bis zum Rückhaltebecken. Kanalsachen haben mehr gekostet als die Straße.

Vizebgm. Desch: Aber 50.000 sind es auch.

GR. Dick: Da kommst du nie aus. Du musst auch einen Sichtschutz machen für die Quizerstraße, damit es nicht blendet, du brauchst Leitplanken, dass es die Autofahrer nicht blendet.

Bgm. Schabetsberger: Das ist alles mit der Straßenmeisterei abgesprochen. Das Projekt, das damals gemacht worden ist, da wurde schon festgelegt was gemacht werden muss wenn es weitergeht.

GR. Dick: Das kostet Geld. Mit 40.000 kommst du nie aus.

GR. Knoblencher kommt wieder in den Sitzungssaal

Bgm. Schabetsberger: Sicherlich, wenn etwas erweitert wird kostet es Geld. Die Erweiterung in Pomedt kostet uns auch sicherlich 250.000 Euro.

GR. Dick: Warum wird dort überhaupt noch erweitert? Ein Gewerbegebiet geht sich dort nicht mehr aus, wann dann höchstens Mischbauggebiet.

Bgm. Schabetsberger: Das was dort ist, ist teils Gewerbegebiet und ein Teil Mischgebiet.

GR. Dick: Mit dem neuen gesetzlichen Abstand für Gewerbe?

Bgm. Schabetsberger: Das ist der nächste Punkt, das wurde vom Land schon vorgeprüft.

GR. Dick: Ja, beim MPG, aber nach dem MPG?

Bgm. Schabetsberger: Dann ist es Mischgebiet.

GR. Dick: Und was haben wir für Abstandszonen die man einhalten muss?

Bgm. Schabetsberger: Beim Mischgebiet hast du gar keine Abstandszonen.

GR. Dick: Wieso interessiert das da draußen dann keinen Baumgartner Hans-Jürgen nicht oder Huber Manuel oder Huber Voltaik nicht, die verzweifelt einen Grund suchen? Warum wird es diesen zwei Firmen nicht angeboten?

Bgm. Schabetsberger: Weiß ich nicht. Die haben Die haben andere Gründe in Aussicht.

GR. Dick: Dann rentiert sich vielleicht auch diese Straße. Aber so? Da höre ich auf zum Umwidmen. Der MPG soll hineinfahren bei seiner Straße und dann ist Schluß, das kostet einen Haufen Geld.

Bgm. Schabetsberger: Christian, zur Aufklärung: Wir haben im Flächenwidmungsplan das drinnen als Gewerbegebiet, als praktisch Bauerwartung für Gewerbe. Wenn ich jetzt wieder in Linz ansuche, ich brauche ein anderes Stück für Gewerbe, dann habe ich sofort die Frage von Linz: Warum verkauft ihr nicht zuerst die schon gewidmet sind. Das ist die große Diskrepanz, die wir haben. Dann müssen wir hergehen und müssen dies zurückwidmen.

GR. Dick: Aber dann muss ich mit dem Grundeigentümer reden, ob sie verkaufen und nicht die Gemeinde. Wenn der Grundeigentümer nicht verkauft, kann man einen Purzelbaum schlagen.

Vizebgm. Desch: Das habe ich gemeint.

GR. Dick: Der von Raab wird nie etwas verkaufen. Und Autzinger alleine ist auch nicht so groß.

Bgm. Schabetsberger: Das wissen wir nicht wer es verkauft. Ich habe nur gesagt, wir haben es drinnen und wenn etwas neu dazukommen soll, dann kriegst du von Linz sofort die Frage, warum verkauft ihr nicht zuerst dies. Da müssen wir begründen und nachweisen, warum wir das nicht verkaufen können, weil sonst bekommen wir die Umwidmung nicht.

GR. Dick: Ich bin dafür, dass der MPG dort baut, das passt alles. Nur wir beschließen jetzt wieder, er baut dies dort, dann kommt er wieder daher, für diese depperte Straße 150.000 bis 200.000 Euro, die wir nicht brauchen.

Bgm. Schabetsberger: Noch einmal, die Straße hat das nicht gekostet, sondern der Kanal hat so viel gekostet. Den haben wir machen müssen.

GR. Dick: Die Aufschließung dort hat so viel gekostet, für eine Firma. Und wenn jetzt MPG dort baut und seine Abgaben zahlt, dann werden wir auf ein Nullsummenspiel kommen. Jetzt bauen wir wieder eine Straße mit 150.000 nach hinten für das, dann sind wir wieder dort. Für das, dass wir dort nie wen hinbekommen. Weil es einfach undankbares Stück ist.

Bgm. Schabetsberger: Das hat mit dem jetzt absolut nichts zu tun.

GR. Dick: Das hat sehr wohl etwas damit zu tun.

Bgm. Schabetsberger: Nein

GR. Dick: Weil wenn ich sage, jetzt ist da Stopp, dann habe ich keine Straße zu machen. Das ist vorausschauendes Denken, damit wir keine Straße machen müssen.

GV. Arthofer: Ich möchte noch etwas sagen zur Vertragserstellung: Vorher sind wir aufgefordert worden vom Amt, bevor der Vertrag ausgeschickt wurde an Arico und Czizek zum Unterschreiben, dass wir unsere Sachen, was wir drinnen haben wollen, bekanntgeben. Es haben alle Fraktionen, bis auf die Grünen, geschrieben, was sie drinnen haben wollen. Es wurde dies in den Vertrag hineingearbeitet und dann ist er ausgeschickt worden zum Unterschreiben. Und jetzt, weil einer schwer unterschreibt, müssen wir den Vertrag wieder ändern? Ich finde, wir müssen aufpassen, dass wir nicht ins Lächerliche kommen. Wir hätten es gleich hineingeben müssen bei Czizek und Arico. Und nicht jetzt im Nachhinein kommen und sagen, wir müssen das hineingeben. Dann hätten wir es vorher gar nicht ausschicken gebraucht.

Vizebgm. Desch: Die Fläche nach hinten, ist die sicher schon drinnen im ÖEK als Mischbau?

Bgm. Schabetsberger: Du hast das Internet, schau hinein.

GR. Eichinger: Ich habe eine Frage zum Brandschutzplan, das ist eine der wichtigsten Sachen.

Bgm. Schabetsberger: Der liegt schon da.

GR. Eichinger: O.k., das wollte ich wissen. Denn wenn es brennt, dann nutzt uns die Straße nichts. Also der ist da. Und die Feuerwehr weiß auch schon Bescheid?

Bgm. Schabetsberger: Die Feuerwehr hatte schon Kontakt mit der Erstellung.

GR. Humer: Die Frage ist, wollen die Grundeigentümer eigentlich verkaufen, die da hinten sind?

Bgm. Schabetsberger: Das weiß ich nicht.

GR. Humer: Es ist derzeit noch Grünland.

Bgm. Schabetsberger: Aber er ist im Erschließungskonzept drinnen.

GR. Humer: Ich muss doch zuerst mit den Besitzern reden „wollt ihr überhaupt das verkaufen in fünf Jahren“.

Bgm. Schabetsberger: Wir legen das nicht fest, das legt das Land fest. Und das Land legt fest, dass man sagt, man braucht einen Flächenwidmungsplan und ein ÖEK. Das legt der Gemeinderat fest und wird vom Land geprüft und für in Ordnung befunden. Das ist schon vor zig Jahren gemacht worden und das gilt. Und wenn wir jetzt sagen, wir wollen das wieder heraußen haben, dann brauchen wir einen Gemeinderatsbeschluss, dass wir sagen, dass wir diesen Bereich wieder herausnehmen.

GR. Humer: Hast du eine Information von den Eigentümern, dass sie gewillt sind den Grund herzugeben?

Bgm. Schabetsberger: Das ist unabhängig vom Eigentümer ob er will oder nicht, sondern das beschließt die Gemeinde. Wenn die Gemeinde das nicht beschließt, dann kann der Grundeigentümer nicht sagen „ich möchte dort irgend Etwas anderes machen“. Das geht nicht, darum musst du es drinnen haben.

GR. Humer: Aber wenn ich als Eigentümer nicht verkaufen will, kann ich doch nicht etwas beschließen, was die Leute nicht wollen?

Bgm. Schabetsberger: Du kannst als Gemeinde zum gesamten Gemeindegebiet sagen, es ist alles Baugrund. Du brauchst deswegen keinen Fragen. Dann hast du natürlich die Möglichkeit, wenn er sagt, dass er umwidmen will, bekommt er es. Hast du das nicht, müssen wir zuerst das ÖEK ändern, damit wir dann da eine Flächenwidmungsänderung machen können. Das ist die Vorgehensweise die man machen muss, das habe nicht ich erfunden.

GR. Rosenberger: Du hast gesagt, ihr habt vorher in den Fraktionen geredet, aber das war wahrscheinlich im Vorstand?

GV. Arthofer: Nein, es ist ausgeschickt worden. Ich weiß nicht, wer es bekommen hat.

Bgm. Schabetsberger: Fraktionen haben es alle bekommen.

GR. Rosenberger: Ist das so?

Bgm. Schabetsberger: Ja

GR. Rosenberger: Ernst, ist das so? Ich glaube nämlich auch nicht, halten wir bitte fest: Wenn es im Vorstand war, möchte ich es zumindest protokolliert haben, wer es bekommen hat. Ob wir wirklich drinnen waren, weil sonst schaut es für uns deppert aus. Wenn wir es bekommen haben ist es o.k, aber wenn wir es nicht bekommen haben... sonst schaut es für uns nicht gut aus.

Bgm. Schabetsberger: Prinzipiell schicken wir alles was an die Fraktionen ausgeschickt wird auch an die Grünen. Weil wir haben nichts zurückzuhalten.

GR. Rosenberger: Es ist halt so. Kathi bitte prüf das.

AL an den Bürgermeister: Wenn du mir die Mappe gibst, kann ich es gleich anschauen.

Vizebgm. Desch, GV Arthofer und Bgm. Schabetsberger stellen fest, dass von den Flächen, von denen gesprochen wurde, diese bereits im ÖEK enthalten sind.

Bgm. Schabetsberger: Das ist jetzt schon 20 Jahre drinnen.

GR. Dick: Das stimmt schon, dass es 20 Jahre drinnen ist. Aber was hat sich geändert die letzten ein,zwei Jahre? Vom Gewerbegebiet die Abstandsgrenzen -wie viel sind das? Sind das noch 50 oder schon 100 Meter?

Bgm. Schabetsberger: Von der gewerberechtlichen Sicht her sind es 50 Meter, von der Abteilung, die die Emissionssachen festlegt, die besteht drauf, dass es 100 Meter geht. Aber das gültige nach der Gewerbeordnung sind noch 50 Meter, aber du bekommst die Bewilligung nicht mehr.

GR. Dick: Jetzt sind wir da. Wir haben eine brutale Änderung. Dass das da hinten alles Gewerbegebiet nicht mehr sein kann.

GV. Heinzl verlässt den Sitzungssaal

Bgm. Schabetsberger: Das ist als Mischgebiet eingetragen. Mischgebiet hat den Abstand nicht.

GR. Dick: Ja, aber das war früher nicht das Ganze. Und es hat sich einiges getan. Es hat beim Gewerbe anders hineingefallen, wo jetzt beim Mischgebiet nicht mehr dürfen. Das Taxiunternehmen...

Bgm. Schabetsberger: Das war auch früher schon so, zwischen Gewerbegebiet und Wohngebiet muss ein Mischgebiet sein. Das war schon immer so.

GR. Dick: Das stimmt, aber es haben sich die Gewerbe auch geändert. Früher hast im Mischgebiet ein Taxi abstellen dürfen, hundertprozentig. Und jetzt seit 10 Jahren nicht mehr.

Bgm. Schabetsberger: Noch einmal, das steht jetzt nicht zur Diskussion. Weil das ist drinnen im ÖEK und damit ist es jetzt so. Wenn wir eine Änderung wollen, dann müssen wir das beantragen.

GR. Dick: Das ist schon eine Diskussion, weil es nach hinten eine Erweiterung ist, was der Gemeinde tragisch viel Geld kostet, wenn wir die Straße machen. Und da ist jetzt der Knackpunkt, was der Putzinger dort baut, passt eh, er soll bauen, aber er hat die Zufahrt von der bestehenden Straße und dann ist Schluss. Ich täte dort aufhören. Wir brauchen auch noch grüne Flecken in Riedau, es muss nicht alles betoniert sein.

Vizebgm. Desch: Ich täte auch mit ihm reden, ob er die Straße braucht.

GV. Heinzl kommt wieder in den Sitzungssaal

Bgm. Schabetsberger: Das können wir gerne machen.

GR. Dick: Dann muss man halt als nächsten Schritt das aus dem ÖEK heraustun, muss man neue Flächen suchen. Das ist meine Meinung.

Bgm. Schabetsberger: Das können wir gerne machen, wenn es beantragt wird. Und ich werde gerne mit ihm reden, ob er die Zufahrt von seiner Parzelle aus machen kann, weil vielleicht ist es für ihn selbst auch ein Vorteil. Was ich von den Plänen her weiß, baut er da zum bestehenden Gebäude hinzu und macht dazu eine Verbindung. Also ist es auch vielleicht möglich, dass er mehr asphaltiert und eine Zufahrt macht. Kommt ihm auch zugute, weil dann braucht er nicht so viel Anschlussgebühren zahlen. Ich werde das gerne aufnehmen und mit ihm reden, ob die Straße notwendig ist oder nicht. Ist sie nicht notwendig, wird sie sicherlich nicht gebaut. Aber den Grund muss er trotzdem abtreten, weil man sonst keine Erschließung haben für weiter. Das schließt das nicht aus, den Grund muss er uns abtreten. Aber das weiß er auch.

Vizebgm. Desch: Er wird wissen, dass wir es bauen müssen und so ist er.

Bgm. Schabetsberger: Nochmals zur Klarstellung: Den ersten Plan, den er mir gezeigt hat, wie er gesagt hat, was er machen möchte, da hätte er es sogar so geplant gehabt, dass er es von sich aus dort integrieren kann. Weil er gesagt hat, dann braucht er nicht einen weiteren Weg hinuntermachen und alles asphaltieren, sondern ich mache mir nur das was ich brauche. Das war sein erster Plan und hat er nochmals umgeplant, aber man kann nochmals reden mit ihm. Weil ich glaube nicht, dass er da unten einen Haufen Asphaltierungsfläche macht, wenn er es nicht braucht als Zufahrt. Aber das ist eine andere Geschichte, das können wir gerne noch machen.

GR. Rosenberger: Kathi, wir haben es wirklich nicht bekommen, halte das bitte fest.

Vizebgm. Schmidseher verlässt den Sitzungssaal

Amtsleiterin: Es wurde an alle Vorstandsmitglieder ausgeschickt.

GR. Rosenberger: Zur Wortmeldung vom Franz hätte ich gerne festgehalten, dass wir es nicht bekommen haben.

Vizebgm. Desch: Und wegen der Straße, Kathi, das bitte alles protokollieren, auch was Franz gesagt hat - das du mit ihm redest.

Bgm. Schabetsberger: Ja, wird dokumentiert. Die bauen wir nur wenn es notwendig ist. Er soll schauen, ob es für ihn nicht sinnvoller ist, dass er über das eigene Grundstück fährt.

GR. Eichinger: Im Endeffekt sind wir uns einig. Er darf bauen, die Straße bauen wir nicht und aus.

GR. Schönbauer kommt wieder in den Sitzungssaal

Vizebgm. Schmidseher kommt wieder in den Sitzungssaal

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister über seinen Antrag mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: 12 JA-Stimmen von ER Oberauer, GR. Humer, GR. Ruhmanseder, Vizebgm. Desch, GV. Heinzl, ER. Knoblechner, ER Krupa, GR. Schärfl, GR. Eichinger, Bgm. Schabetsberger, GV. Arthofer und GR. Schabetsberger Simone

2 NEIN-Stimmen von GV. Windhager und GR. Rosenberger

11 Stimmenthaltungen von GR. Ebner, GR. Trilsam, GR. Payrleitner, GR. Tallier, GV. Mitter, Vizebgm. Schmidseher, GR. Klugsberger, GR. Kopfberger, GR. Berghammer, GR. Dick, GR. Schönbauer,

Bürgermeister Schabetsberger: Damit ist dieser Punkt abgelehnt. Damit brauchen wir den nächsten Punkt nicht verhandeln, weil der automatisch den Punkt vorher gebraucht hätte. Gehen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt...

Dringlichkeitsantrag: Genehmigungsbeschluss gem. § 36 Abs. 4 OÖ. RaumOG betreffend die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6.3 „Arico/Czizek“.

Dieser TOP wurde nicht behandelt.

TOP. 8.) Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister gibt bekannt:

Betreffend Breitbandoffensive in der Schule: Wir sind gerade dabei ein Projekt auszuarbeiten, damit es überall Digitalfunk gibt. Bei der letzten Besprechung habe ich den Auftrag erhalten, dass ich von anderen Firmen Angebote einhole, was die Verlegung der Kabel kosten könnte. Auch mit dem Anbieter Spannlang habe ich gesprochen. Was mir leider ein wenig sauer aufstößt ist, wenn manche Leute sich bemüßigt fühlen, mit Gemeindebediensteten etwas ausmachen, zu dem sie nicht berechtigt sind. Ich möchte dich, Reinhard, bitten, dies in Zukunft zu unterlassen. Mit Gemeindebediensteten hast du nichts auszumachen. Das ist Sache der Amtsleitung und des Bürgermeisters. Wir haben noch eine Besprechung mit Hr. Spannlang und Hr. Auer, die das Projekt begleiten. Wir haben ein neues Angebot bekommen, das um einiges unter dem ist, was es zuerst war, weil wir einige Sachen vereinfachen konnten. Wir haben geschaut, dass alles so gut wie möglich hergerichtet wird. Ein zweites Angebot habe ich nicht bekommen, weil die Firma, die ich angefragt habe, erklärte, sie kann das nicht aus zeitlichen Gründen erledigen. Sie findet es auch nicht sinnvoll, wenn jemand schon viel Vorleistungen erbracht hat, dass dann eine andere Firma weiter arbeitet. Das habe ich zur Kenntnis genommen. Ich habe jetzt noch Kontakt mit Linz bezüglich der Förderungen, weil wir da die Auskunft bekommen müssen, ob wir Eigenleistungen gefördert bekommen oder nicht.

TOP. 9.) Allfälliges

Vizebgm. Schmidseider stellt an den Bürgermeister die Frage, ob er Infos zum Neubau des Polizeigebäudes hat.

Auskunft des Bürgermeisters: Die Information, die ich euch geben kann ist, es liegt nach wie vor beim Bundesministerium für Inneres. Ich habe Anfang dieser Woche ein Gespräch gehabt mit einer Kontaktperson vom Ministerium und es ist intern noch nicht fertig durchgesprochen, wie die Entscheidung fällt. Sie lassen sich da einfach extrem viel Zeit. Bevor das nicht da ist, können wir nichts machen. Ich habe auch diese Woche ein Gespräch gehabt mit einem Major, der für die Bausachen zuständig ist. Auch er sagte, bevor Wien nicht das o.k. gibt, sind ihm die Hände gebunden.

Vizebgm. Schmidseider: Das sind die Informationen, die du hast?

Bgm. Schabetsberger: Ja

Vizebgm. Desch: Hast du vom Reiter-Haus etwas gehört?

Bgm. Schabetsberger: Es rennt.

GR. Schärfl: Zum Pferdemarkt, wenn wir ihn veranstalten, aber es muss jeder Besucher einen Negativtest haben , es muss jeder eine Maske tragen und da stellt sich die Frage, dass man ihn gar nicht durchführt.

Bgm. Schabetsberger: Der Pferdemarkt wird spätestens Ende nächster Woche entschieden.

GR. Tallier: Ich wollte nachfragen wegen dem Seifenspäter beim Friedhof. Das habe ich dir im Herbst schon bekannt gegeben.

Bgm. Schabetsberger: Wird notiert.

GV. Mitter: Ich warte noch auf die Antwort der Frage von Vizebgm. Desch bezüglich Reiter-Haus.

Auskunft des Bürgermeisters: Es liegt beim nach wie vor beim Gericht, der Notar ist dran. Es fehlt noch eine Unterschrift. Wenn diese Unterschrift da ist, ist es erledigt.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die vorherige Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 10.12.2020 wurden keine - ~~folgende~~ - Einwendungen erhoben:

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzungen um 20.35 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

.....
(Schriftführer)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden - über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54 (5) OÖ. Gem0 1990 als genehmigt gilt.

Riedau, am

Der Vorsitzend (SPÖ):

.....
Bürgermeister Schabetsberger

.....
ÖVP GV. Windhager

.....
FPÖ Vizebgm. Desch

.....
SPÖ GV. Arthofer

.....
GRÜNE GR.Rosenberger

Bürgerfragestunde

Hr. Schroll Anton: Wir, die Feuerwehr, brauchen Platz, entweder muss die Gemeinde etwas anmieten oder was ausräumen. Es muss irgendwo ein Platz herkommen. Ev. Container mit 30-50m² und ebenerdig mit Licht, vielleicht sogar 2 Container.

Vizebgm. Desch: Ev. dort wo der Schulwart den Rasenmäher hat, die Garage der Mittelschule?

Hr. Schroll: Sie sagten, ich darf den Platz nicht haben.

Bgm. Schabetsberger: Der Raum muss immer wieder ausgeräumt werden, wenn was los ist, das ist nicht gut. Dein Ansuchen ist angekommen.

GV. Windhager: Man könnte mit der Gemeinde Zell an der Pram ein Gespräch führen, ev. in der Stöckl-Halle, dem geplanten Bauhof, einlagern? Dort ist eine große Fläche vorhanden, wäre eine Übergangslösung.

Hr. Schroll: Es wäre uns am liebsten neben der FF, es wäre nur für paar Jahre. Hygienische Bedingungen sollen wieder erfüllt werden; der Neubau ist ein wichtiger Punkt, eine schnelle Lösung wird benötigt.

Vizebgm. Desch findet es „nicht lustig“ die Zeller zu fragen, zur nächsten GR Sitzung als einen Punkt geben.

Bgm. Schabetsberger: Finanzielle Kosten sind auf der Gemeindeseite.

GR. Ebner: Das Vogelmaier Haus wäre ev. verwendbar, die dortige Doppelgarage?

Bgm. Schabetsberger: Ein Wohnhaus ist keine gute Idee.

GR. Kopfberger: Ev. dort eine Möglichkeit, wo der Siedlerverein die Garagen hat, Gebäudeteile wäre für irgendwas zu nutzen, müsste man sich anschauen, ist nur ein Gedanke.